

## Niederschrift

über die 1. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 24.06.2014, um 16:00 Uhr in der Aula der GGS Stadt, Carl-Diem-Str. 9-11.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Armin Barg  
Ingrid Bartholomäus  
Maya Benicke  
Simon Bornewasser  
Joachim Bötte  
Ursula Brand  
Dietmar Busch  
Michael Dummer  
Petra Ebbinghaus  
Rolf Ebbinghaus  
Jutta Eifer  
Horst Enneper  
Jürgen Fischer  
Margot Grüterich  
Klaus Haselhoff  
Bernd-Eric Hoffmann  
Olaf Jung  
Rosemarie Kötter  
Ralf-Udo Krapp  
Thomas Lorenz  
Dr. Axel Michalides  
Arnold Müller  
Heide Nahrgang  
Elisabeth Pech-Büttner  
Annette Pizzato  
Dr. Jörg Rieger  
Björn Rimroth  
Udo Schäfer  
Christoph Schlüter  
Sebastian Schlüter  
Rolf Schulte  
Dietmar Stark  
Klaus Steinmüller  
Gerd Uellenberg  
Peter Fritz Sebastian Ullmann  
Annette Verhees  
Christian Viebach  
Dejan Vujinovic  
Dr. Jörg Weber  
Harald Weiss

ab 16.25 Uhr / TOP 7

von der Verwaltung

Ute Butz  
 Julia Gottlieb  
 Frank Nipken  
 Regine Schmidt  
 Sandra Hilverkus

Schriftführerin

Vanessa Jäger

### Tagesordnung: (geändert)

#### (Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 27. Sitzung des Rates der Stadt am 18.03.2014, Niederschrift über die 28. Sitzung des Rates der Stadt am 07.05.2014 (öffentliche Teile)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Wahl der stellvertretenden Bürgermeister BV/0597/2014
5. Einführung und Verpflichtung der stellvertretenden Bürgermeister und der Ratsmitglieder IV/0475/2014
6. Beschluss über die Verleihung der Ehrenbezeichnung "Stadälteste" BV/0601/2014
7. Beschluss über die Anzahl und Zusammensetzung der zu bildenden Ausschüsse des Rates der Stadt BV/0001/2014
8. Besetzung der Ausschüsse und Gremien BV/0002/2014
9. Bestimmung der Ausschussvorsitzenden BV/0003/2014
10. Maßnahmen zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes "Fontänenfeld" auf dem Marktplatz an Markttagen (Antrag der AL-Fraktion vom 29.05.2014) AN/0232/2014
11. Berichterstattung des Gesellschafters der Bäder GmbH über die kommunizierten Informationen an den Bund für Steuerzahler (Antrag der UWG-Fraktion vom 23.05.2014) AN/0231/2014
12. Stand der Verfahren im Projekt Wülfing (Antrag der AL-Fraktion vom 11.06.2014) AN/0001/2014
13. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 13.06.2014) AN/0002/2014
14. Änderung der Geschäftsordnung (Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 13.06.2014) AN/0003/2014

- |     |  |              |
|-----|--|--------------|
| 15. | Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Co. KG (Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 13.06.2014) | AN/0004/2014 |
| 16. | Sitzungsort bei Rat- und Ausschusssitzungen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2014)   | AN/0005/2014 |
| 17. | Änderung der Richtlinien/Satzung für die Tagespflege   | BV/0591/2014 |
| 18. | Änderung der Elternbeitragssatzung für Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege  | BV/0592/2014 |
| 19. | Änderung der Elternbeitragssatzung und der Elternbeitrags-tabelle für die Offenen Ganztagschule und sonstige Betreuungsformen                  | BV/0593/2014 |
| 20. | Haushaltswirtschaftliche Sperre  | IV/0473/2014 |
| 21. | Kanalsanierung 2014  | BV/0598/2014 |
| 22. | Neubau Bahnstraße  | BV/0599/2014 |
| 23. | Fremdwasserkonzept Uelfesammler  | BV/0600/2014 |
| 24. | Bebauungsplan Nr. 42 A, Stadtkern – 3. Änderung hier: Ziel der Planung, Aufstellungsbeschluss  | BV/0005/2014 |
| 25. | Organisationsuntersuchungen  | BV/0004/2014 |
| 26. | Durchführung der Abfallentsorgung  | BV/0595/2014 |
| 27. | Mitteilungen und Fragen  |              |
| 28. | Verabschiedung der ausgeschiedenen Ratsmitglieder  |              |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden zur konstituierenden Sitzung des Rates und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Bürgermeister den Ratsmitgliedern zu ihrer Wahl und dem damit ausgesprochenen Vertrauen der Bürger. Er wünscht sich für die Zukunft, eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung zum Wohle der Stadt.

Herr Ebbinghaus beantragt, TOP 29 „Durchführung der Abfallentsorgung“ im öffentlichen Teil zu beraten, da er hier ein allgemeines Interesse der Bürger sieht.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es sich dabei zwar um eine vertragliche Angelegenheit handelt, einer Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung jedoch nichts entgegensteht. Der TOP wird sodann nach TOP 25 eingeschoben; die Nummerierung der nachfolgenden TOPE ergibt sich entsprechend.

Abschließend weist der Bürgermeister noch auf die vorliegenden Tischvorlagen hin und erklärt, dass diese mit den jeweiligen Tagesordnungspunkten abgehandelt werden.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

## **(Öffentlicher Teil)**

### **1. Niederschrift über die 27. Sitzung des Rates der Stadt am 18.03.2014, Niederschrift über die 28. Sitzung des Rates der Stadt am 07.05.2014 (öffentliche Teile)**

---

Der Bürgermeister weist auf den als Tischvorlage vorliegenden Einspruch zur Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2014 von der AL-Fraktion hin und gibt an, dass dieser der entsprechenden Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

Der Rat nimmt die vorgenannten Niederschriften zur Kenntnis.

### **2. Informationen des Bürgermeisters**

---

a) Der Bürgermeister teilt dem Rat der Stadt mit, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt weitestgehend geprüft hat und dieser nach bisherigem Kenntnisstand genehmigungsfähig ist. Die schriftliche Genehmigung wird voraussichtlich nächste Woche erteilt, so dass mit den Arbeiten in den geplanten Projekten begonnen werden kann.

b) Weiter bedankt sich der Bürgermeister bei den beiden bisherigen stellvertretenden Bürgermeistern, Herrn Horst Enneper und Frau Heide Nahrgang, für die tolle Zusammenarbeit und Repräsentation der Stadt in den letzten Jahren. Beide waren loyale Vertreter und haben das Amt stets überparteilich ausgeübt.

**3. Einwohnerfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

**4. Wahl der stellvertretenden Bürgermeister****BV/0597/2014**

---

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und weist auf einen vorliegenden Listenvorschlag der CDU- und SPD-Fraktion hin. Hiernach werden Herr Ralf-Udo Krapp als erster stellvertretender Bürgermeister und Herr Arnold Müller als zweiter stellvertretender Bürgermeister vorgeschlagen.

Weitere Listenvorschläge liegen nicht vor.

Der Bürgermeister erläutert den Wahlablauf. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung und wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt.

**Wahlergebnis:** 34 Stimmen Liste 1 (CDU / SPD)  
2 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

Damit ist Herr Ralf-Udo Krapp zum ersten stellvertretenden Bürgermeister und Herr Arnold Müller zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

**5. Einführung und Verpflichtung der stellvertretenden Bürgermeister und der Ratsmitglieder****IV/0475/2014**

---

Der Bürgermeister verpflichtet die stellvertretenden Bürgermeister und die Ratsmitglieder gemäß Verpflichtungsformel und führt sie in ihr Amt ein.

**6. Beschluss über die Verleihung der Ehrenbezeichnung "Stadtälteste"****BV/0601/2014**

---

Der Bürgermeister schlägt vor, Herrn Detlef Graß, Herrn Rolf Schäfer und Herrn Axel Schröder zu „Stadtältesten“ zu ernennen.

Es folgt die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Detlef Graß, Herrn Rolf Schäfer und Herrn Axel Schröder zu „Stadtältesten“ zu ernennen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**7. Beschluss über die Anzahl und Zusammensetzung der zu bildenden Ausschüsse des Rates der Stadt** **BV/0001/2014**

---

Der Bürgermeister nimmt Stellung zu dem vorliegenden Antrag der CDU- und SPD-Fraktion. Er macht deutlich, dass die Aufblähung der Ratsarbeit durch mehr Gremien im krassen Gegensatz zu dem beschlossenen und geforderten Personalabbau in der Verwaltung steht. Ferner teilt er dem Rat mit, dass ihm mittlerweile fast wöchentlich Überlastungsanzeigen von Fachbereichen und einzelnen Mitarbeitern vorgelegt werden. Fristen, gesetzliche Bestimmungen und pflichtige Aufgaben können zum Teil nicht mehr eingehalten bzw. erbracht werden; dies alles führt zu großer Unzufriedenheit, Angst und auch psychischen und mentalen Problemen bei den Mitarbeitern. Die Unsicherheiten werden durch die öffentliche Kritik der Politik verstärkt. Durch die neuen Gremien wird zusätzliche Belastung und Mehrarbeit geschaffen; diese wird im Hinblick auf den Personalabbau nicht mehr leistbar sein. Abschließend appelliert er an den Rat, dass darauf bei den zukünftigen Aufgabenzuweisungen in den Gremien geachtet wird.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der CDU- und SPD-Fraktion.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, folgende Ausschüsse in dieser Legislaturperiode zu bilden:

- a) Haupt- und Finanzausschuss, 17 Mitglieder + Bürgermeister
- b) Rechnungsprüfungsausschuss, 13 Mitglieder
- c) Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr, 13 Mitglieder
- d) Ausschuss für Demographie, 13 Mitglieder
- e) Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen, 13 Mitglieder
- f) Ausschuss für Schule, 15 Mitglieder
- g) Ausschuss für Soziales, Sport und Integration, 15 Mitglieder
- h) Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, 15 Mitglieder
- i) Bauausschuss, 15 Mitglieder
- j) Jugendhilfeausschuss, 13 Mitglieder (8 Ratsmitglieder/sachkundige Bürger, 5 Mitglieder Freier Träger)
- k) Wahlausschuss, 8 Mitglieder + Wahlleiter

**Abstimmungsergebnis:** 38 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 AL, 1 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, fraktionslos)  
2 Enthaltungen (2 Grüne)

Der Bürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

---

**8. Besetzung der Ausschüsse und Gremien** **BV/0002/2014**

---

Der Bürgermeister weist auf die hierzu vorliegenden Tischvorlagen hin. Die erste Tischvorlage enthält alle Vorschläge der einzelnen Fraktionen. Auf der zweiten Tischvorlage befindet sich ein von der Verwaltung daraus erstellter einheitlicher Wahlvorschlag.

Weitere Vorschläge zur Besetzung von Ausschüssen und Gremien liegen vor:

Herr Stark schlägt vor, für den Ausschuss Kultur, Tourismus und Verkehr, Herrn Bernd Freudenberg (Kunstinitiative) unter „sonstige beratende Mitglieder“ zu benennen.

Herr Hoffmann schlägt für die UWG-Fraktion vor, Frau Marina Müller als Mitglied im Integrationsrat und Herrn Werner Nowara als Mitglied im Seniorenbeirat zu benennen.

Für die SPD-Fraktion schlägt Frau Grüterich vor, Frau Rotraut Voß als Mitglied und Herrn Detlef Förster als stellvertretendes Mitglied des Seniorenbeirates zu benennen.

Frau Pech-Büttner schlägt für die Grünen-Fraktion vor, das stellvertretende Mitglied, M. Bornwasser, für den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr durch Herrn Simon Bornwasser zu ersetzen.

Herr Dr. Rieger schlägt vor, anstelle von Herrn Harald Angermaier (Sportverband) für den Ausschuss für Sport, Soziales und Integration, Herrn Jörg Becker (Sportverband) als „sonstiges beratendes Mitglied“ zu benennen.

Herr Ebbinghaus schlägt für die AL-Fraktion vor, Frau Barbara Haering als Mitglied des Seniorenbeirates zu benennen.

Es folgt nun die Abstimmung über den vorliegenden einheitlichen Wahlvorschlag incl. der vorgenannten Änderungen/Ergänzungen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt stimmt dem einheitlichen Wahlvorschlag (siehe Anlage) zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Der Bürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

**9. Bestimmung der Ausschussvorsitzenden**

**BV/0003/2014**

---

Herr Viebach macht einen fraktionsübergreifenden Vorschlag zur Verteilung der Ausschussvorsitze und benennt die jeweiligen Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter:

CDU	Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung	Vorsitzender: Jürgen Fischer Stellvertreter: Gerd Uellenberg
SPD	Bauausschuss	Vorsitzender: Arnold Müller Stellvertreter: Margot Grüterich
CDU	Schulausschuss	Vorsitzender: Thomas Lorenz Stellvertreter: Harald Weiss
UWG	Rechnungsprüfungsausschuss	Vorsitzender: Klaus Steinmüller Stellvertreter: S. Schlüter (CDU)
CDU	Ausschuss für Demographie	Vorsitzender: Rolf Schulte Stellvertreter: Dejan Vujinovic
SPD	Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr	Vorsitzender: Dietmar Stark Stellvertreter: Rosemarie Kötter

CDU Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen      Vorsitzender: Christian Viebach  
Stellvertreter: Gerd Uellenberg

SPD Ausschuss für Soziales, Sport und Integration      Vorsitzender: Dr. Jörg Rieger  
Stellvertreter: Michael Dummer

Abschließend merkt Herr Viebach an, dass der Vorsitz im Schulausschuss auf zwei Jahre begrenzt werden soll; dann ist vorgesehen, dass Herr Harald Weiss den Vorsitz übernimmt.

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass der Wechsel des Vorsitzes zu gegebener Zeit gesondert beschlossen werden muss.

Es folgt die Abstimmung über diesen Vorschlag.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt stimmt dem vorliegenden Vorschlag zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Der Bürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

---

**10.            Maßnahmen zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes      AN/0232/2014**  
**"Fontänenfeld" auf dem Marktplatz an Markttagen (An-**  
**trag der AL-Fraktion vom 29.05.2014)**

---

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Müller betont, dass der neue Marktplatz ein gelungenes Beispiel für moderne Stadtgestaltung ist. Das angelegte Fontänenfeld sollte, sobald die defekte Pumpe ausgetauscht worden ist, möglichst auch an Markttagen und bei Festen – mit Ausnahme an Kirmes und Schützenfest – eingeschaltet sein. Hierfür müssen die Marktstände so platziert werden, dass weder die Marktbesucher noch die Marktstände nass werden. Er macht klar, dass zunächst diesbzgl. organisatorische Maßnahmen geprüft werden sollen, bevor über bauliche Maßnahmen nachgedacht wird. Der Marktplatz mit seinen angrenzenden Flächen ist seiner Auffassung nach für alternative Varianten in der Aufstellung der Marktstände groß genug; zudem entstehen durch die Umorganisation der Marktstände keine Kosten. Herr Müller erklärt, dass dieser Vorschlag als Antrag der SPD-Fraktion zu verstehen ist. Die Verwaltung soll in der nächsten Ratssitzung darüber berichten. Falls es keine Lösung durch organisatorische Maßnahmen geben sollte, soll der Bauausschuss sich weiter damit befassen.

Frau Gottlieb erklärt, dass ein Ziel bei der Marktneugestaltung war, das Fontänenfeld, außer in Frostmonaten oder aufgrund von Großveranstaltungen, durchgehend in Betrieb zu nehmen. Der Fachbereich Soziales und Ordnung hat allerdings zu einem sehr frühen Zeitpunkt festgestellt, dass dieses im Hinblick auf die Markttag Schwierigkeiten verursacht, da der Abstand zwischen dem Fontänenfeld und den platzierten Marktständen nicht ausreicht, um es angeschaltet zu lassen. Aus diesem Grund wurde entschieden, das Fontänenfeld an Markttagen auszuschalten. Aufgrund der sowohl von der SPD, als auch durch den Antrag der AL-Fraktion geschilderten Probleme, hat man sich innerhalb der Verwaltung darauf verständigt, dass der Fachbereich Soziales und Ordnung noch mal andere Varianten der Anordnung der Marktstände überprüft und damit einhergehend, ob das Fontänenfeld vielleicht

doch an Markttagen angeschaltet sein kann. Da die bisherigen Maßnahmen (Aufstellen von Warnschildern, Platzierung des von Ware des Blumenhändlers im Fontänenfeld) zur Aufmerksamkeitsbildung anscheinend nicht ausreichend sind, prüft das Baudezernat derzeit gemeinsam mit dem Fachbereich Soziales und Ordnung andere Möglichkeiten zur optischen Abtrennung an Markttagen. Sobald sich verwaltungsintern auf eine Möglichkeit geeinigt wurde, soll dieses auch zeitnah umgesetzt werden. Zusätzlich werden bis zur nächsten Bauausschusssitzung Möglichkeiten von baulichen Lösungen geprüft und in dieser dann vorgestellt. Abschließend betont sie, dass die Verwaltung diese Thematik ernst nimmt und an einer zügigen Lösung interessiert ist.

Herr Viebach vermisst eine konkrete Idee seitens der Verwaltung um kurzfristig zu handeln. Er möchte wissen, was seit Eingang des vorliegenden Antrags am 29.05.2014 explizit zur Gefahrenbeseitigung unternommen worden ist.

Frau Gottlieb teilt mit, dass zwischenzeitlich Angebote für eine optische Abtrennung eingeholt wurden und darüber im nächsten Verwaltungsvorstand beraten wird.

Auf Nachfrage von Frau Pizzato gibt Frau Gottlieb an, dass noch Gewährleistung auf der defekten Pumpe besteht.

Weiter möchte Frau Pizzato wissen, ob gegen den Planer bzw. Erbauer des Fontänenfeldes aufgrund mangelhafter Leistung kein Schadensersatzanspruch besteht.

Frau Gottlieb verweist auf die zwei bisher bei der Stadt gemeldeten Versicherungsfälle. Diese wurden beide von der Versicherung abgelehnt.

Herr Ebbinghaus erkennt keinen konkreten Lösungsansatz von der Verwaltung. Er betont, dass es trotz der Ablehnungen durch die Versicherung nicht bedeuten muss, dass die Arbeiten ordnungsgemäß durchgeführt wurden bzw. die Stadt nicht haften muss.

Frau Gottlieb betont, dass die Fälle trotz Ablehnung sehr ernst genommen werden. Sie bietet an, den Planer des Fontänenfeldes für Nachfragen und Lösungsvorschläge baulicher Art zur nächsten Bauausschusssitzung einzuladen.

Auf Wortmeldung von Herrn Haselhoff gibt Frau Gottlieb an, dass auch die Möglichkeit von einer abgeschrägten baulichen Ausbildung bis zum Bauausschuss geprüft wird.

Der Bürgermeister formuliert einen Abstimmungsvorschlag. Das Fontänenfeld soll, sobald die Pumpe wieder funktionsfähig ist, eingeschaltet werden und an Markttagen durch eine optische Abtrennung kenntlich gemacht werden. Zudem werden weitere Möglichkeiten im Bauausschuss beraten.

Es folgt nun eine Abstimmung über den Vorschlag.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, das Fontänenfeld an Markttagen durch eine optische Abtrennung kenntlich zu machen. Für die Beratung über die endgültige Beseitigung der Gefährdung wird der Antrag in den Bauausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** 38 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD; 5 UWG, 3 AL, 2 FDP, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)  
3 Enthaltungen (3 Grüne)

**11.           Berichterstattung des Gesellschafters der Bäder GmbH   AN/0231/2014  
über die kommunizierten Informationen an den Bund für  
Steuerzahler (Antrag der UWG-Fraktion vom 23.05.2014)**

---

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Geschäftsführer der Bäder GmbH, Herr Eden, zwischenzeitlich einen Bericht vorgelegt hat. Er schlägt vor, diesen dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Der Antragssteller stimmt dem zu.

**12.           Stand der Verfahren im Projekt Wülfig (Antrag der AL-   AN/0001/2014  
Fraktion vom 11.06.2014)**

---

Der Bürgermeister nimmt Stellung zu den Fragen der AL-Fraktion zum Verfahrensstand im Projekt Wülfig. Das stattgefunden Gespräch mit der Bezirksregierung hat noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt hat. Es wurde zunächst vereinbart, dass die Verwaltung zu sämtlichen 252 Vergaben Stellung nimmt. Die Fragen zum Disziplinarverfahren werden aus Gründen des Datenschutzes und Personalrechts erst im nichtöffentlichen Teil beantwortet.

**13.           Änderung der Hauptsatzung (Antrag der CDU-Fraktion   AN/0002/2014  
und SPD-Fraktion vom 13.06.2014)**

---

Der Bürgermeister erklärt, dass drei Anträge der CDU-und SPD-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung vorliegen. Die Abstimmung erfolgt für jeden Antrag einzeln.

1. Antrag

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt folgende **Änderung** der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald:

§ 8 Ausschüsse

(1) Der Rat der bildet folgende Ausschüsse:

- a) **Haupt- und Finanzausschuss**, der auch die Aufgaben des Wahlprüfungsausschusses wahrnimmt.
- b) Rechnungsprüfungsausschuss,
- c) **Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr,**
- d) **Ausschuss für Demographie,**
- e) Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen,
- f) **Ausschuss für Schule,**
- g) **Ausschuss für Soziales, Sport und Integration,**
- h) **Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt,**
- i) Bauausschuss, der auch die Aufgaben des Denkmalschutzes wahrnimmt,
- j) Jugendhilfeausschuss,
- k) Wahlausschuss

(3) Zu den Mitgliedern der in Abs. 1 Buchstabe a) und b) aufgeführten Ausschüsse können nur Ratsmitglieder gewählt werden.

(6)

#### **Haupt- und Finanzausschuss**

**Untersuchungsausschuss wird ersatzlos gestrichen**

#### **Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr**

- a) Vergaben von Lieferungen und Leistungen von 20.000 Euro bis 50.000 Euro
- b) Erwerb und Veräußerung von Vermögensgegenständen für den Kulturbereich von 20.000 Euro bis 50.000 Euro
- c) Entscheidungen über Kultur- und Tourismuskonzepte
- d) Zuschussgewährung im Rahmen der im Haushaltsplan für die Kultur bereitgestellten Mittel

#### **Ausschuss für Demographie**

- a) Der Demographieausschuss befasst sich mit den Bereichen der Sozialraumplanung und dem hierzu gehörenden Stadtentwicklungskonzept. Er dient als Schnittstellenausschuss zwischen allen Dezernenten und allen städtischen Ausschüssen.
- b) Erstellung und Entscheidung über ein Maßnahmen- und Handlungskonzept zur Gestaltung des demographischen Wandels
- c) Vergaben von Lieferungen und Leistungen von 20.000 Euro bis 50.000 Euro

#### **Ausschuss für Schule**

e) wird ersatzlos gestrichen

#### **Ausschuss für Soziales, Sport und Integration**

- e) die Entwicklung, Weiterentwicklung und Umsetzung von Konzeptionen zur Förderung von Maßnahmen für Menschen, die aus verschiedenen Gründen an der Gesellschaft nicht oder nur eingeschränkt teilhaben können
- f) Zuschussgewährung der im Rahmen des Haushaltsplans bereitgestellten Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Aktivitäten, die das Ziel haben, Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen (u.a. mit Migrationshintergrund) entgegenzuwirken
- g) Erwerb von Vermögensgegenständen zur Förderung der Integration von 20.000 Euro bis 50.000 Euro

#### **Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Der Bürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung teil.

## 2. Antrag

Frau Ebbinghaus möchte wissen, ob die bisherige Anzahl von 32 Fraktionssitzungen schon mal erreicht worden ist

Der Bürgermeister bestätigt dies.

Es folgt nun die Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt folgende **Änderung** der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald:

#### § 10 Entschädigungen

(1) + (2) ... Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf **40** Sitzungen pro Jahr beschränkt.

**Abstimmungsergebnis:**

36 Ja-Stimmen	(15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 AL, 2 FDP, 2 proNRW)
3 Nein-Stimmen	(2 Grüne, fraktionslos)
2 Enthaltungen	(Grüne, Bürgermeister)

## 3. Antrag

Herr Ebbinghaus schlägt vor, dass für die Teilnahme an den Sitzungen des Ältestenrates keine Entschädigungen gezahlt werden.

Nach Ansicht des Bürgermeisters, ist ein Verzicht laut Gesetz nicht möglich. Er sagt aber zu, dies zu überprüfen und den Rat zu informieren.

Es folgt nun die Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt folgenden Paragraphen in die Hauptsatzung der Stadt Radevormwald aufzunehmen:

#### **Ältestenrat**

- a) Der Ältestenrat besteht aus dem Bürgermeister, den stellvertretenden Bürgermeistern und den Fraktionsvorsitzenden.
- b) Zu den Sitzungen des Ältestenrates wird schriftlich vom Bürgermeister mit Tagesordnung eingeladen. Über die Beratungsinhalte wird eine Niederschrift erstellt. Es gelten die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Rat und seine Ausschüsse.

- c) Der Ältestenrat dient der interfraktionellen Abstimmung insbesondere bei zentralen Fragen der politischen Repräsentation der Stadt nach innen und außen. Außerdem soll er grundsätzliche Fragen von Sitzungsabläufen erörtern und den Bürgermeister in Einzelfällen beraten. Er ist kein Beschlussgremium im Sinne der GO NW.
- d) Der Bürgermeister informiert den Ältestenrat über kommunalpolitische Themen und Angelegenheiten von besonderer Bedeutung.

**Abstimmungsergebnis:** 39 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 AL, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW)  
 1 Nein-Stimme (fraktionslos)  
 1 Enthaltung (Bürgermeister)

---

**14. Änderung der Geschäftsordnung (Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 13.06.2014) AN/0003/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt folgende **Änderung** der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Radevormwald und seine Ausschüsse:

§ 1 Einberufung des Rates

(1) Der Bürgermeister beruft den Rat ein, so oft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch **sechs** Mal im Jahr. Der Rat ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangt.

**Abstimmungsergebnis:** 40 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 AL, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, fraktionslos)  
 1 Enthaltung (Bürgermeister)

---

**15. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Co. KG (Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 13.06.2014) AN/0004/2014**

---

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass bei positiver Beschlussfassung zunächst mit dem Mitgesellschafter Rücksprache gehalten werden muss. Er geht allerdings davon aus, dass diese Änderung kein Problem darstellen wird.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt folgende **Änderung** des Gesellschaftsvertrags der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH & Co. KG:

§ 11 Aufsichtsrat

(2) Der Aufsichtsrat hat **10 – zehn** – Mitglieder. Der Bürgermeister der Stadt Radevormwald ist geborenes Aufsichtsratsmitglied. **Acht** weitere Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Radevormwald zu Beginn jeder Wahlperiode gewählt. Die Sparkasse der Stadt Radevormwald stellt ein weiteres Aufsichtsratsmitglied. ...

**Abstimmungsergebnis:** 38 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 AL, 2 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW)  
3 Enthaltungen (Grüne, fraktionslos, Bürgermeister)

---

**16. Sitzungsort bei Rat- und Ausschusssitzungen (Antrag der AN/0005/2014 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2014)**

---

Frau Pech-Büttner erläutert den Antrag der Grünen-Fraktion und erklärt, dass u.a. das Wartburghaus ein alternativer Sitzungsort wäre; diese Räumlichkeit ist barrierefrei zu erreichen und besitzt behindertengerechte Toiletten. Für die Nutzung würden Kosten i.H.v. 120 € pro Sitzung entstehen.

Herr Ullmann erläutert nun den als Tischvorlage vorliegenden Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Er sieht keine Veranlassung dazu, die Sitzungen in nicht-städtischen Räumlichkeiten stattfinden zu lassen. Sein Vorschlag ist die Nutzung des Mehrzweckraums des Bürgerhauses als künftigen Sitzungsort.

Der Bürgermeister kann das Anliegen, welches dem Antrag der Grünen-Fraktion zugrunde liegt, nachvollziehen. Innerhalb der Verwaltung haben hier auch schon Überlegungen bzgl. städtischer Räumlichkeiten mit Barrierefreiheit stattgefunden. Eine Möglichkeit wäre, die Sitzungen künftig in der Cafeteria Wülfing stattfinden zu lassen. Dem stehen jedoch der Museumsbetrieb sowie der an sich nicht geschlossene Raum entgegen. Eine andere Alternative wäre der Blaue Salon im Rathaus. Dieser ist jedoch zu klein für das Abhalten von Ausschusssitzungen. Die Schulen bzw. Aulen können aufgrund ihres Betriebs als OGATA nicht genutzt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre der Saal in der Hauptwache der Feuerwache. Der Bürgermeister hält diese aber für ungeeignet, da hier keine ordentliche Beratungsatmosphäre vorhanden ist. Zudem existieren in den genannten Räumlichkeiten keine Behindertentoiletten. Die einzige Möglichkeit sieht auch die Verwaltung in der Nutzung des Mehrzweckraumes des Bürgerhauses. Dies würde allerdings auch bedeuten, dass hier faktisch keine andere Nutzung mehr möglich wäre. Zudem ist der Raum nur durch die Bücherei befahrbar. Da diese zu den Sitzungen meist nicht oder nicht mehr lange geöffnet ist, würde es auch bedeuten, dass ein Hausmeister während der Sitzung die Bücherei bewachen müsste. Dadurch würden wieder mehr Personalkosten verursacht werden.

Aufgrund der Ausführungen des Bürgermeisters erklärt Herr Bornewasser, dass die Grünen-Fraktion den Antrag zur genauen Klärung in den Ältestenrat verweisen will und die Formulierung insoweit zu ändern, als dass die Lokalitäten, der bis zur abschließenden Beantwortung dieser Frage stattfindenden Sitzungen, möglichst so gewählt werden, dass alle Menschen mit (auch vorübergehenden) körperlichen Beeinträchtigungen die Möglichkeit haben, an den öffentlichen Sitzungen teilzunehmen.

Herr Viebach begrüßt den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion und die Verweisung in den Ältestenrat. Er macht deutlich, dass man die Eignung jeder einzelnen Räumlichkeit gut abwägen muss, um eine umsetzbare Lösung zu erhalten. Er schlägt vor, dass der Ältestenrat alle vorgeschlagenen Räumlichkeiten zu Beginn der ersten Sitzung begutachtet um sich ein genaues Bild machen zu können.

Herr Ullmann hält die Begutachtung der einzelnen Räumlichkeiten für sinnlos in Anbetracht der bereits vom Bürgermeister angesprochenen Problematiken; die einzige Möglichkeit ist der Mehrzweckraum im Bürgerhaus. Er appelliert an die Ratsmitglieder seinem Antrag zu folgen.

Frau Ebbinghaus macht deutlich, dass die AL-Fraktion schon lange fordert, auch die Schulen behindertengerecht zu gestalten. Weiter fragt sie an, ob es denkmalschutzrechtlich möglich ist, das Haus der Burgstraße behindertengerecht umzubauen.

Herr Stark unterstützt ebenfalls den Änderungsantrag der Grünen-Fraktionen und die Behandlung im Ältestenrat.

Hierzu teilt Herr Barg mit, dass Herr Dr. Thiel vom Amt für Denkmalschutz kommenden Montag in Radevormwald ist. Er schlägt vor, dass dann ein erstes Gespräch bzgl. Umbaumaßnahmen des Hauses Burgstraße 8 geführt werden kann.

Herr Ebbinghaus stimmt den Ausführungen von Herrn Barg zu. Er bittet den Bürgermeister ein erstes Gespräch zu führen, wo es zunächst darum gehen soll, inwieweit ein denkmalgeschütztes Gebäude überhaupt barrierefrei gestaltet werden kann. Von diesem Gesprächsergebnis soll dann im Ältestenrat berichtet werden.

Der Bürgermeister sagt dies zu.

Es folgt nun die Abstimmung über die Verweisung der Anträge der Grünen-Fraktion und von Herrn Ullmann in den Ältestenrat zur weiteren Behandlung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den Antrag der Grünen-Fraktion sowie den Antrag von Herrn Ullmann zur genauen Klärung in den Ältestenrat zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:** 40 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 AL, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)  
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

Der Bürgermeister führt an, dass der zweite vorliegende Antrag von Herrn Ullmann sich inhaltlich nicht auf diesen TOP bezieht. Daher hält er eine Behandlung dieses Antrags für rechtlich unzulässig. Er schlägt vor, über die Absetzung des Antrags abzustimmen.

Herr Dr. Michalides erkennt hier schon einen Zusammenhang. Er führt an, dass die Übertragung sowie Aufzeichnung der Sitzungen als Alternative gesehen werden kann, für die Schaffung von Barrierefreiheit.

Der Bürgermeister bestreitet einen Zusammenhang nicht, macht aber deutlich, dass sich der Antrag inhaltlich nicht an dem TOP orientiert, daher ist er nach Gemeindeordnung unzulässig.

Es folgt nun die Abstimmung über die Absetzung des Antrags.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt, den vorliegenden Antrag von Herrn Ullmann abzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:** 36 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 2 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)  
2 Nein-Stimmen (AL, fraktionslos)  
3 Enthaltungen (2 AL, Grüne)

---

**17. Änderung der Richtlinien/Satzung für die Tagespflege BV/0591/2014**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald stimmt den Änderungen der Richtlinien/Satzung für die Tagespflege zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**18. Änderung der Elternbeitragssatzung für Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege BV/0592/2014**

---

Herr Ebbinghaus kann die neue Elternbeitragstabelle nicht nachvollziehen. Ab der Einkommensgruppe 2 steigen die Kosten für die 35-stündige und die 45-stündige Betreuung, während die Kosten für eine 25-stündige Betreuung ungefähr gleich bleibt. Er sieht hier eine Art Bedarfslenkung. In anderen Städten sind die Kosten in der vergleichbaren Einkommensgruppe deutlich niedriger. Er beantragt, eine Zurückverweisung in den Fachausschuss für eine erneute Beratung.

Der Bürgermeister gibt an, dass eine Verweisung zwar möglich ist, macht aber deutlich, dass dann für das kommende Kindergartenjahr weiterhin die alten Beiträge erhoben werden.

Frau Butz ergänzt weiter, dass derzeit 150 Plätze mit 45-stündiger Betreuung vorhanden sind; hier hat ein massiver Ausbau stattgefunden. Mit der alten Elternbeitragstabelle wurden Eltern, die nur eine 25-stündige Betreuung in Anspruch genommen haben im Gegensatz zu Eltern mit einer höheren Betreuungszeit finanziell benachteiligt; dem hat man nun entgegen gewirkt.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass eine Senkung der Beiträge von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt wurde.

Nach den Ausführungen von Frau Butz und dem Bürgermeister verzichtet Herr Ebbinghaus auf die Verweisung in den Fachausschuss, stellt aber fest, dass die Beiträge in Radevormwald gegenüber anderen Städten deutlich höher sind.

Es folgt nun die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald stimmt der Änderung der Elternbeitragsatzung für Kindertageseinrichtungen und die Tagespflege zu.

**Abstimmungsergebnis:** 38 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 Grüne, 1 AL, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)  
3 Enthaltungen (2 AL, fraktionslos)

---

**19. Änderung der Elternbeitragsatzung und der Elternbeitragstabelle für die Offenen Ganztagschule und sonstige Betreuungsformen** **BV/0593/2014**

---

Herr Ebbinghaus sieht hier eine Ungleichbehandlung zwischen Beziehern von Arbeitslosengeld 2, welche von der Beitragspflicht freigestellt sind, und Arbeitnehmern mit geringem Verdienst, die einen Beitrag abführen müssen.

Frau Butz erklärt, dass man im Bereich der OGATA sehr wenig Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Beitragserhebung hat. Eine andere Handhabung ist hier leider nicht möglich.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald stimmt den Änderungen der Elternbeitragsatzung und der Elternbeitragstabelle für die Offene Ganztagschule und sonstigen Betreuungsformen zu.

**Abstimmungsergebnis:** 37 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)  
4 Enthaltungen (3 AL, fraktionslos)

---

**20. Haushaltswirtschaftliche Sperre** **IV/0473/2014**

---

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt Herr Nipken, dass die Fachbereiche selbst entscheiden können, innerhalb welcher Positionen des Budgets Einsparungen vorgenommen werden.

---

**21. Kanalsanierung 2014** **BV/0598/2014**

---

Herr Ebbinghaus beantragt die Formulierung des Beschlussvorschlages wie folgt zu ergänzen:

„Der Rat der Stadt Radevormwald beauftragt die Verwaltung die Sanierung **des offenen Kanalnetzes** im Teileinzugsgebiet 5 A (Mermbach) gemäß der Vergabeordnung beschränkt auszuschreiben“. Diese Formulierung ist in den Erläuterungen zu finden, allerdings nicht im Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Bürgermeister erklärt sich mit der vorgeschlagenen Ergänzung einverstanden.

Auf Nachfrage von Frau Pech-Büttner gibt Herr Nipken an, dass die Anlieger bei einer Kanalsanierung nicht an den Kosten beteiligt werden.

Es folgt nun die Abstimmung über den durch die AL-Fraktion ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beauftragt die Verwaltung die Sanierung des offenen Kanalnetzes im Teileinzugsgebiet 5 A (Mermbach) gemäß der Vergabeordnung beschränkt auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**22.           Neubau Bahnstraße**

**BV/0599/2014**

Auf Nachfrage von Frau Pizzato erklärt Herr Dippel, dass sich das vorhandene Bodengutachten auf das Nebengrundstück bezieht; ein Bodengutachten der Bahnstraße, liegt noch nicht vor.

Herr Nipken erklärt auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus, dass die konkrete Satzung über die Höhe der Anliegerkosten noch aussteht.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung nach der Mittelfreigabe durch die Kommunalaufsicht die benötigten Planungs- und Ingenieurleistungen für die erstmalige Herstellung der Bahnstraße gemäß der Vergabeordnung auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**23.           Fremdwasserkonzept Uelfesammler**

**BV/0600/2014**

Herr Ebbinghaus erklärt, dass er mit der dem Fremdwasserkonzept zugrunde liegenden Satzung große Probleme hat. Er sieht dort die Maßgabe der Verhältnismäßigkeit nicht eingehalten und gibt an, dass die AL-Fraktion sich damit in der Zukunft genauer befassen wird. Dem Beschlussvorschlag wird daher nur mit einem schlechten Gefühl zugestimmt.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung die Sanierung der privaten Grundstücksleitungen im Bereich des Fremdwassersanierungskonzeptes öffentlich auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**24. Bebauungsplan Nr. 42 A, Stadtkern – 3. Änderung  
hier: Ziel der Planung, Aufstellungsbeschluss**

**BV/0005/2014**

Frau Gottlieb erklärt, dass das Ziel dieser vorgeschlagenen Änderung des Bebauungsplans für den Stadtkern die Aufrechterhaltung der ursprünglich beschlossenen Grundsätze ist. Ein Grundsatz war der Ausschluss aller Betriebsarten von Vergnügungsstätten, um das geschäftliche Niveau des Hauptgeschäftsbereich Radevormwalds nicht negativ zu beeinflussen und die Wohn- und Aufenthaltsqualität dort zu erhalten. Der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans ist notwendig, da die Betriebsart Wettbüro zum damaligen Zeitpunkt noch nicht existierte und somit als Regelungsinhalt im jetzigen Bebauungsplan noch nicht enthalten ist. Sie macht deutlich, dass das zugrunde liegende Baugesuch nur auf Grundlage des neuen Aufstellungsbeschlusses ein Jahr zurückgestellt werden kann; sollte kein Beschluss gefasst werden, so müsste die Bauvoranfrage positiv beschieden werden.

Herr Ebbinghaus hält die Rechtssituation für sehr komplex. Weiter führt er aus, ob in Anbetracht der vielen Leerstände, die Errichtung eines Wettbüros nicht vielleicht doch die bessere Alternative wäre. Er stellt zudem fest, dass auch heute bereits Spielhallen in der Innenstadt vorhanden sind. Er betont, dass andere Handelsbetriebe ebenfalls negative Einflüsse ausüben. Seiner Meinung nach sollte der Antrag in den Fachausschuss verwiesen werden.

Frau Gottlieb stimmt ihm zu, dass die Thematik der Vergnügungsstätten sehr komplex ist. Daher wurde auf diese auch explizit in der Vorlage eingegangen. Sie entgegnet, dass sich Spielhallen nur aus dem Grund in der Innenstadt befinden, weil diese bereits vor der Verabschiedung des derzeitigen Bebauungsplans vorhanden waren und daher Bestandsschutz haben.

Herr Viebach sieht die Erforderlichkeit des Aufstellungsbeschlusses zur Änderung des Bebauungsplanes, da es nicht Ziel sein kann die aufwendige Innenstadtsanierung und – attraktivierung durch die Ansiedlung von Vergnügungsstätten einer negativen Entwicklung auszusetzen.

Herr Bornewasser sieht in diesem Zweig der Wirtschaft ebenfalls eine erhebliche Gefahr und spricht sich gegen eine entsprechende Nutzung aus.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42 A, Stadtkern – 3. Änderung und beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage eines Vergnügungsstättenkonzeptes einen Bebauungsplanvorentwurf zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:** 37 Ja-Stimmen (14 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)  
4 Enthaltungen (CDU, 3 AL)

**25. Organisationsuntersuchungen**

**BV/0004/2014**

Herr Ebbinghaus erklärt, dass die AL-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen wird. Eine gestückelte Untersuchung der Verwaltung hält er für nicht sinnvoll.

Zudem ist er der Meinung, dass Organisationsuntersuchungen dazu dienen, Personal einzusparen; dies ist widersprüchlich zu den Ausführungen des Bürgermeisters zu TOP 7.

Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass die Organisationsuntersuchungen notwendig sind, um die beschlossene Stellenreduzierung realisieren zu können.

Herr Barg sieht in einer Organisationsuntersuchung nicht unbedingt das Ziel von Personaleinsparungen. Seiner Meinung nach können durch solche Untersuchungen auch Organisationswege minimiert und kostengünstigere Alternativen gefunden werden.

Es folgt nun die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das Ausschreibungsverfahren für die Aufgabenkritik im Fachbereich Soziales und Ordnung (ohne Soziales) und im Fachbereich Bauverwaltung durchzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	37 Ja-Stimmen	(15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
	4 Enthaltungen	(3 AL, fraktionslos)

---

**26. Durchführung der Abfallentsorgung**

**BV/0595/2014**

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage und erklärt, dass es von der Verwaltung für sinnvoll erachtet wird, dem BAV die Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung zu übertragen. Da hier eine weitreichende Entscheidung getroffen werden soll, wird bereits heute ein Vorschlag seitens der Verwaltung gemacht, damit ein endgültiger Beschluss in der nächsten Sitzung des Rates gefasst werden kann.

Herr Ebbinghaus macht deutlich, dass dem heute schon vorgelegten Beschlussentwurf, der bereits eine konkrete Entscheidung beinhaltet, nicht zugestimmt werden kann. Er erklärt, dass sich die AL-Fraktion mit dem Thema befassen wird und erwartet von der Verwaltung in der Herbstsitzung die Vorstellung verschiedener Alternativen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann macht Herr Nipken deutlich, dass er es begrüßen würde, wenn seinem Beschlussvorschlag heute zugestimmt werden würde, er sich aber bewusst ist, dass eine derartig wichtige Entscheidung gut überlegt sein will. Die Vorlage ist daher zunächst als Information und Erinnerung gedacht.

Herr Viebach bittet die Verwaltung, den abschließend zu fassenden Beschluss so konkret wie möglich zu formulieren.

Frau Pech-Büttner möchte wissen, ob Radevormwald nicht bereits Mitglied im BAV ist.

Hierzu führt Herr Nipken aus, dass der Kreis, der für die Entsorgung des Abfalls zuständig ist, Mitglied im BAV ist; die Stadt selbst ist dort bisher kein Mitglied.

Auf weitere Nachfrage von Frau Pech-Büttner erklärt Herr Nipken, dass noch keine genaueren Informationen zur Wertstofftonne vorliegen. Sobald hier nähere Angaben vorliegen, werden diese mitgeteilt.

**27. Mitteilungen und Fragen**

---

a) Der Bürgermeister weist auf die als Tischvorlage vorliegende Anfrage von Herrn Ullmann hin und erklärt, dass die Beantwortung nicht in der Sitzung erfolgen kann; die Anfrage ist erst verspätet eingegangen. Er sagt zu, die Antworten dem Protokoll beizufügen.

b) Herr Viebach merkt an, dass in der Vergangenheit eine sog. Beschlusskontrolle innerhalb der Ratsgremien existiert hat. Er bittet die Verwaltung, dem Protokoll beizufügen, wie diese Beschlusskontrolle damals durchgeführt und umgesetzt worden ist. Die Fraktionen können dann entscheiden, ob dies zukünftig gewünscht ist.

Der Bürgermeister sagt dies zu, macht aber klar, dass hierdurch auch wieder Mehrarbeit bzw. zusätzlicher Aufwand in der Verwaltung entsteht.

(Anm. der Verwaltung: In den 90er Jahren wurden Anträge der Fraktionen, die im Rat beschlossen wurden, auf ihre Umsetzung hin überprüft. Hierzu wurde dem Rat in jeder Sitzung eine Liste zur Kenntnis gegeben, aus der der aktuelle Verfahrensstand abzulesen ist.)

c) Herr Hoffmann fragt an, ob die Reparaturkosten i.H.v. 1.500 € für das Denkmal aus dem Kollenberg, welches zurzeit im Betriebshof aufbewahrt wird, zwischenzeitlich zur Verfügung gestellt werden konnten.

Der Bürgermeister erklärt, dass derzeit innerhalb der Verwaltung nach finanziellen Mitteln gesucht wird.

**28. Verabschiedung der ausgeschiedenen Ratsmitglieder**

---

Der Bürgermeister ehrt und verabschiedet die ausgeschiedenen Ratsmitglieder.

Ende des öffentlichen Teils: 18.45 Uhr

Dr. Josef Korsten  
Vorsitzender

Vanessa Jäger  
Schriftführer